

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien
am Mittwoch, 07.09.2005, 17:05 Uhr,
Raum 2/1, Stadthaus 2, Ludgeriplatz 4, 48151 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Herr Markus Funk, Frau Carmen Greefrath, Frau Christiane Krüger, Herr Josef Rickfelder

von der SPD-Fraktion

Frau Maria Anna Hakenes, Herr Adrian Hergt, Frau Marianne Hopmann

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Frau Jutta Möllers, Herr Karl-Heinz Neubert bis 19:35 Uhr (TOP 9)

von den Trägern der freien Jugendhilfe

Frau Dorothea Große-Frintrop in Vertretung von Herrn Degen, Herr Prof. Dr. Martin Heidrich,
Frau Jutta Lebkücher, Herr Alexander Schmidt

von den beratenden Mitgliedern

Frau Gerda Benien, Herr Peter Boehnke in Vertretung von Herrn Reincke; bis 19:55 Uhr
(TOP 11), Herr Klaus Fröse, Frau Beate Heeg, Frau Verena Horn, Frau Dr. Agnes Klein,
Frau Ute Kuchenbecker bis 19:55 Uhr (TOP 11), Herr Spyridon-Paul Marinos, Frau Gabriele
Markerth, Frau Anna Pohl, Herr Dieter Schönfelder, Herr Lutz Selig, Herr Jörg Siegel,
Herr Klaus Tantow, Frau Rita Tücking, Herr Dietmar Wiese

als Sachverständiger

Herr Uwe Brummerloh von der Agentur für Arbeit Münster

von der Verwaltung

Frau Annette Fahl, Herr Tilman Fuchs, Herr Felix Graf von Plettenberg, Herr Chris Hagel, Frau
Birgit Herdes, Herr Clemens Homann, Herr Dr. Axel Iseke, Frau Sibylle Kratz-Trutti, Herr Karl
Materla, Frau Heike Nees, Herr Bernhard Paschert, Herr Frank-Detlev Philipp, Frau Monika
Reuter-Humpohl, Frau Dr. Anna Ringbeck, Herr Klaus Uplawski, Herr Heiner Vogt

für die Schriftführung

Herr Heinz Lembeck

es fehlten entschuldigt

Frau Ruth Frankenthal, Herr Dr. Thomas Gahlen, Herr Rolf Grieskamp, Frau Lisa Hester,
Frau Ingeborg Menke, Herr Benno Sandfort, Herr Wilfried Stein, Herr Rainer Timmer

Tagesordnung:

- | | | |
|---------------------------|-----|--|
| | 1. | Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist |
| | 2. | Eingegangene Anträge und Eingaben |
| | 3. | Berichte und Mitteilungen |
| | 4. | Anfragen von Ausschussmitgliedern |
| <u>V/0351/2005</u>
III | 5. | Handlungsprogramm Wohnen - Fortschreibung 2005 |
| <u>V/0511/2005</u>
V | 6. | Trägerübergreifendes Forum zur Koordinierung und Bündelung der Angebote im Kinder-, Jugend-, Familien und Sozialbereich - Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion an den Rat A-R/0003/2005 vom 01.02.2005 - |
| <u>V/0634/2005</u>
V | 7. | Bericht zur Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für Münster (AMS) im 1. Halbjahr 2005 |
| <u>V/0609/2005</u>
V | 8. | Maßnahmen zur Qualifizierung und Flexibilisierung der Tagesbetreuung für Kinder |
| <u>V/0665/2005</u>
V | 9. | Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote im Rahmen des städt. u3-Programms - weitere Umstrukturierungen |
| <u>V/0383/2005</u>
V | 10. | Geschäftsbericht des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien für das Jahr 2004 |
| | 11. | Verschiedenes |

Der Vorsitzende, Herr Rickfelder, eröffnete um 17:05 Uhr die 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- fragte der Vorsitzende, ob noch Anwesende als Mitglieder des Ausschusses verpflichtet werden müssten, was nicht der Fall war.
- beantragte Frau Greefrath, den in der Einladung vorgesehenen Tagesordnungspunkt 5 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II“ von der Tagesordnung abzusetzen, da ihre Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Frau Hakenes und Herr Neubert sprachen sich gegen die Absetzung aus und schlugen vor, die Beratung des Themas in die nächste Sitzung des Rates zu schieben.

Herr Rickfelder wies in dem Zusammenhang darauf hin, dass der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung - da er eine inhaltliche Diskussion des Themas wünschte - die Vorlage ebenfalls von seiner Tagesordnung genommen habe. Ferner informierte Herr Marinos darüber, dass der Ausländerbeirat die Beratung der Vorlage geschoben habe.

Der Vorsitzende stellte den Antrag von Frau Greefrath zur Abstimmung. Der Ausschuss beschloss mit 7 Ja-Stimmen bei 6 Nein-Stimmen, den Tagesordnungspunkt 5 „Jugendarbeitslosigkeit in Münster - Kommunale Handlungsschwerpunkte Teil II“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss bat die Verwaltung ausdrücklich, die in der Vorlage vorgesehene Förderung der Projekte, die bereits vor einer Entscheidung über die Vorlage beginnen sollten, sicherzustellen.

Weitere Wünsche zur Änderung der Tagesordnung gab es nicht.

- informierte Herr Rickfelder darüber, dass als Tischvorlagen von der Verwaltung verteilt wurden:
 - > das neue Organigramm des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien (Anlage 1),
 - > eine erste Information des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (Anlage 2),
 - > der Bericht zum Controlling im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien für das II. Quartal 2005 (Anlage 3),
 - > die aktuelle Liste der Mittelumsetzungen innerhalb des Haushaltsjahres (Anlage 4) und
 - > das Programm zum Kinderfilmfest Münster 2005.
- erinnerte der Vorsitzende an die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften mit dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien sowie dem Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen und der Bezirksvertretung Münster-West am 10.05.2005. Darin ging es um die Ausschreibung für die Anmietung einer Modelleinrichtung für eine „Kindertageseinrichtung und Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit unter einem Dach im Baugebiet Roxel-Nord“.

Das Projekt wurde von der Verwaltung bereits so weit umgesetzt, dass nun die nächsten parlamentarischen Beschlüsse anstünden. Nur durch eine Sondersitzung könne die Möglichkeit eröffnet werden, die bisherige Zeitplanung nicht zu gefährden.

Daher solle eine weitere Sondersitzung der genannten Gremien am Dienstag, 20. September 2005 ab 17:00 Uhr erneut in der Mehrzweckhalle der Stadtwerke Münster GmbH stattfinden. Eine Einladung dazu werde noch an die Mitglieder der Gremien verschickt.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit von Verwaltungsmitarbeiterinnen oder -mitarbeitern erforderlich ist

Zu allen Punkten der Tagesordnung wurde die Anwesenheit von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Verwaltung gewünscht.

Punkt 2 der Tagesordnung**Eingegangene Anträge und Eingaben**

Herr Rickfelder gab folgende Anträge mit den angegebenen Hinweisen zum weiteren Verfahren bekannt:

- Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP vom 01.06.2005 „Vom Zuschauer zum Mitspieler - Ein Jugendparlament für Münster schaffen“.

Dazu sowie zu dem inhaltlich verwandten Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2005 „Ein Jugendparlament für Münster“ werde die Verwaltung dem Hauptausschuss voraussichtlich am 21.09.2005 eine Verfahrensvorlage vorlegen. Im weiteren Verfahren - insbesondere zur Beratung einer Entscheidungsvorlage - werde der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien im üblichen Verfahren beteiligt.

- Antrag nach § 24 der Gemeindeordnung NW des Vereins Halima e. V. vom 13.06.2005.

Hier gehe es um eine Beschwerde wegen mangelnder Information über Fördermöglichkeiten für Kindergruppen und dass die Gruppe nicht im Ausbauprogramm erwähnt wurde. Die Verwaltung bereite dazu zurzeit im üblichen Verfahren eine Stellungnahme in der Sache vor.

Ferner gab der Vorsitzende folgende Anträge mit inhaltlichen Bezügen zur Jugendhilfe bekannt, für die das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nicht federführend war:

- Antrag der Fraktionsgemeinschaft UWG/oedp an den Rat vom 07.06.2005 "Bildung stärken - für Ganztagsgrundschulen werben",
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.05.2005 „Münster braucht wieder einen Münster-Pass! Ausgrenzung verhindern - Menschen mit geringem Einkommen integrieren!“ und
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat vom 08.06.2005 "Sportgelegenheiten an der Wienburgstraße"

Die Anträge wurden am 29.06.2005 im Rat der Stadt Münster eingebracht. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien werde auf Grund des jeweiligen Sachzusammenhangs an der weiteren Beratung beteiligt, wenn die Verwaltung entsprechende parlamentarische Beratungsvorlagen erstellt.

Schließlich informierte der Vorsitzende über Anträge nach § 24 der Gemeindeordnung NW, für die das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien nicht federführend war:

- Antrag nach § 24 GO des Sportvereins DJK Marathon vom 14.06.2005, die vom Sportverein genutzte Fläche im Wienburgpark (Atlantisfläche) einzuzäunen und mit abschließbaren Toren zu versehen und
- Antrag nach § 24 GO des Eine-Welt-Forums vom 16.06.2005, den Fairen Handel in Münster und in den öffentlichen Institutionen der Stadt Münster zu unterstützen und zu fördern.

Diese Anträge würden federführend von anderen Ämtern bzw. Dezernaten bearbeitet. Über die jeweiligen Ergebnisse solle auch der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien informiert werden.

Alle Anträge wurden mit den Unterlagen zur Sitzung an die Mitglieder des Ausschusses verschickt.

Frau Pohl berichtete:

3.1 Zum Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (KICK):

Der Bundesrat habe in seiner Sitzung am 08.07.2005 dem vom Bundestag beschlossenen Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz - KICK) zugestimmt. Es werde nach der Verkündung im Bundesgesetzblatt voraussichtlich im Herbst in Kraft treten.

Damit würden verschiedene Änderungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch eintreten. Im Wesentlichen gehe es um:

- eine Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen bei Gefahren für ihr Wohl,
- die Verbesserung der Kinder- und Jugendhilfestatistik,
- die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit durch Betonung des Nachrangs der Kinder- und Jugendhilfe,
- die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes,
- die Stärkung der Steuerungsverantwortung des Jugendamtes und
- weitere Regelungen zum Ausbau der Tagesbetreuung (u. a. Erlaubnispflicht zur Tagespflege).

Eine erste Information des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe zum Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz wurde als Tischvorlage (Anlage 2) verteilt. Darüber hinaus hatten die Fraktionen - wegen des Umfangs in elektronischer Version - Synopsen des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht und des Landschaftsverbandes zu den beschlossenen Änderungen erhalten. Die Verwaltung werde die anstehenden Veränderungen und ihre Auswirkungen in Abstimmung mit den Spitzenverbänden prüfen und den Ausschuss über die Ergebnisse in den verschiedenen Bereichen informieren.

3.2 Zur Berichterstattung zum Controlling im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien (II. Quartal 2005):

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien habe die Verwaltung mit der Vorlage V/0421/2005 „Controlling im Bereich der Hilfen zur Erziehung“ u. a. damit beauftragt, „regelmäßige Berichte über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben bei den vorabbudgetierten Haushaltsstellen der Kinder- und Jugendhilfe - in der Regel nach Ablauf der Monate Juni und September eines Jahres - vorzulegen“.

Dieser Auftrag werde mit dem als Tischvorlage vorgelegten Bericht für das zweite Quartal (Anlage 3) - nach Ablauf des Monats Juni 2005 - erfüllt. Die Berichte würden den Stand der Ansätze absolut und in Prozent darstellen. Die Prognosen für das laufende Haushaltsjahr seien lediglich eine lineare Fortschreibung der aktuellen Entwicklung ist.

Dieser erste Bericht lasse erwarten, dass die Haushaltsmittel im Bereich „Tagesbetreuung für Kinder“ wahrscheinlich gerade ausreichen, um die noch zu erwarteten Ausgaben zu finanzieren. Im Bereich der „Erziehungshilfen“ habe sich der Anstieg der Ausgaben zwar etwas verlangsamt, dennoch lägen die Ausgaben am Ende des zweiten Quartals 2005 so deutlich über dem Stand des Vorjahres, dass Mehrausgaben nicht ausgeschlossen

werden könnten. Gleichzeitig würden sich die Einnahmen deutlich positiver als geplant entwickeln, so dass insgesamt wohl keine zusätzlichen Mittel in den Bereich der Jugendhilfe fließen müssten.

Dennoch habe die Verwaltung mit der Vorlage V/0421/2005 bereits erste Ansätze skizziert, um die Kosten im Bereich der Erziehungshilfen kurz- und mittelfristig zu reduzieren. Die Einzelmaßnahmen würden aktuell im Amt entwickelt und abgestimmt. Unter anderem werde es darum gehen, die Auslastung der Inobhutnahmeeinrichtungen zu prüfen. Dazu werde voraussichtlich noch im Jahr 2005 eine Vorlage für den Ausschuss erstellt. Über das weitere Vorgehen werde die Verwaltung wie gewohnt in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII und im Ausschuss berichten.

3.3 Zu organisatorischen Veränderungen im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien:

In der Abteilung 1 (Tagesbetreuung für Kinder) wurde der organisatorische Rahmen für die Umsetzung des Tagesbetreuungsausbauprogramms geschaffen. Alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Planung, dem Finanzmanagement und den Betriebskosten der Kindertageseinrichtungen seien bei gleichzeitiger personeller Verstärkung jetzt in einer Fachstelle unter dem neuen Leiter Herrn Philipp konzentriert

In der Abteilung 2 (Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit) wurden als Konsequenz des Anfang d. J. in Kraft getretenen Kinder- und Jugendförderungsgesetzes die bisher getrennten Fachstellen „Jugendförderung“ und „Jugendsozialhilfen“ zur neuen Fachstelle „Jugendförderung und -sozialarbeit“ zusammengefasst. Die Leitung habe Herr Fuchs übernommen.

Der Themenschwerpunkt „Jugendberufshilfe“ werde zukünftig von der AIM jugend+ besetzt. Damit einher gehe auch die Verlagerung der Zuständigkeit für die Stadtteilwerkstatt Nord von der ehemaligen Fachstelle „Jugendsozialhilfen“ zur AIM jugend+.

Es gebe eine neue Abteilung 5 mit der Bezeichnung „Controlling und zentraler Service“, in der vor dem Hintergrund der aktuellen und erwarteten finanziellen Rahmenbedingungen hauptsächlich die Themenbereiche (Finanz-) Ressourcen, Controlling und Konsolidierung gebündelt wurden. Auch das Familienbüro sei jetzt dieser Abteilung zugeordnet. Neuer Abteilungsleiter sei Herr Schoor, seine Vertretung habe Herr Lembeck übernommen.

Das neue Organigramm des Amtes (Anlage 1) wurde vor Beginn der Sitzung verteilt.

3.4 Zu den Ganztagsangeboten in den Ferien im Rahmen der offenen Ganztagschule:

In den Herbstferien würden zum ersten Mal die im Rahmen der Beschlussfassung zur „offenen Ganztagschule“ festgelegte Ganztagsbetreuung in den Ferien durch Träger der Jugendhilfe angeboten. Nach derzeitigem Stand würden in 28 Gruppen 638 Kinder nach Bedarf ein bzw. zwei Wochen wohnortnah betreut. Das Angebot werde von 18 Einrichtungen der Jugendhilfe vorgehalten.

Frau Pohl dankte ausdrücklich den vielen freien Trägern für ihre schnelle Hilfe und ihr großes Engagement.

3.5 Zu dem Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche für die Modelleinrichtung Roxel:

Mit der Mitteilung vom 28.04.2005 hatte die Verwaltung über das Beteiligungsprojekt für Kinder und Jugendliche in Roxel berichtet.

Initiatoren waren der Arbeitskreis Kinder- und Jugendhilfe Roxel, der Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Münster mit seinem Projekt „Forschen mit Grafstat“ sowie die Jugendförderung im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien.

Zwischen Mai und Juni 2005 kamen 287 Fragebögen der roxelaner Kinder und Jugendlichen über die jeweiligen Schulen und Vereine zur Auswertung zurück. Der Anteil der befragten Mädchen und Jungen war fast gleich, alle Schulformen haben sich beteiligt, mehr als zwei Drittel der Befragten waren Kinder zwischen 9 und 14 Jahren, weniger als ein Drittel waren Jugendliche zwischen 15 und 17 Jahren.

Neben einer Aufzählung der bisherigen Freizeitgestaltung wurden Aussagen zu den Interessen und Wünschen im Hinblick auf die Angebote der künftigen Kinder- und Jugendeinrichtung getroffen, die sich sehr gut in der aktuellen Raumplanung wiederfinden und inhaltlich in die weitere Planung des Kinder- und Jugendzentrums einbeziehen ließen.

3.6 Zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat vom 02.05.2005 „Alle Chancen für Kinder von Anfang an“:

Der Antrag wurde am 16.06.2005 im Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien eingebracht. Das Anliegen, Projekte früher Hilfen darzustellen, Bedarfe zu benennen, Projekte zu entwickeln und bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen umfasse Themen aus verschiedenen Fachbereichen des Amtes für Kinder, Jugendliche und Familien.

Die Verwaltung beabsichtige, dem Hauptausschuss in seiner Sitzung am 09.11.2005 eine Verfahrensvorlage vorzulegen, auf deren Basis die wesentlichen Anliegen des Antrags abgearbeitet werden sollten. Dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien würden die Schritte federführend zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

3.7 Zu dem Bericht der Verwaltung über Mittelumsetzungen innerhalb des laufenden Haushaltsjahres auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 21.02.1996:

Der regelmäßige Bericht über die Mittelumsetzungen im Rahmen des vom Rat beschlossenen Haushaltsplans (Anlage 4) sei als Tischvorlage verteilt worden.

3.8 Zur Eröffnung der Kinder- und Jugendeinrichtung „Albatros“ in Albachten:

Am 25. August habe das „Albatros“, eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in Albachten am Rottkamp 51, den Betrieb aufgenommen. Träger sei die Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk Münster-Steinfurt (AWO).

Auf 300 qm würden sich für die Kinder und Jugendlichen im Stadtteil zahlreiche Angebote der AWO in Kooperation mit Offene Kinder- und Jugendarbeit Albachten e. V. im Bereich der Jugendbegegnung, neuer Medien, Kreatives etc. wiederfinden. Zusätzlich würden die Caritas und der KSD Beratungsangebote anbieten.

3.9 Zur erfolgreichen Bewerbung des Jugendinformations- und -beratungszentrums (Jib) an einem Bundesmodellvorhaben:

Seit dem 1. September 2005 nehme das Jib an dem Bundesmodellvorhaben "kek" (Kultur, Engagement, Kompetenz - Generationsoffene Freiwilligendienste in der Kultur) des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend teil. Das Jib habe durch das Bundesmodell 10 Plätze für Ehrenamtliche geschaffen. Einsatzbereich sei insbesondere die Musiksparte des Jib.

Für die Laufzeit von drei Jahren (2005 bis 2007) sei das Jib einer von 50 Kooperationspartnern bundesweit. Geplant sei, für die dreijährige Laufzeit Finanzmittel mit einem Gesamtvolumen von 54.000 € bereitzustellen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern lagen nicht vor.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0351/2005

Handlungsprogramm Wohnen - Fortschreibung 2005

Herr Uplawski erläuterte die Eckpunkte zur Entwicklung der Vorlage, insbesondere das wesentliche neue Handlungsfeld „strategische Wohnstandortentwicklung“ für die Stadtpolitik.

In der sich anschließenden Diskussion wurde aus der Sicht des Fachausschusses von mehreren Mitgliedern deutlich gemacht, dass es bei dem Handlungsprogramm um alle Familien mit Kindern gehen müsse, aus fachlicher Sicht aber ein besonderes Augenmerk auf den Bereich der sozial schwachen Familien gelegt werden solle.

Frau Dr. Klein skizzierte mögliche finanzielle Auswirkungen der Wohnungsstruktur in Münster, wenn es im Rahmen der Hartz-IV-Regelungen darum gehe, bei den Unterkunfts-kosten nur die angemessenen Kosten für Wohnraum zu berücksichtigen. Hier sei die Definition von „angemessen“ schwierig, da in Münster praktisch kaum kostengünstige Alternativen zur Verfügung stünden.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Der Bericht zur Umsetzung der Ratsaufträge aus dem HPW 2000 (Anlage 1) wird zur Kenntnis genommen
2. Ergänzend zu den bisherigen Handlungsfeldern der Wohnungs- und Baulandpolitik wird die ‚Strategische Wohnstandortentwicklung‘ (Anlage 2) als neues Handlungsfeld in der Stadtpolitik verankert. Die strategische Wohnstandortentwicklung verfolgt das Ziel, den städtischen Wohnungsmarkt zu einem fördernden Faktor für die Bevölkerungsentwicklung zu machen. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 2.1 die Aktivitäten zur Planung, Erschließung und Vermarktung neuer Baugebiete konsequent in den Dienst der strategischen Wohnstandortentwicklung zu stellen
 - 2.2 geeignete Handlungsansätze zu entwickeln, um
 - den Auswirkungen der sich abzeichnenden demografischen Veränderungen auf die Wohnsiedlungsbestände und die Infrastruktur in den Stadtteilen und den innerstädtischen Wohnquartieren zu begegnen und
 - in den bestehenden Quartieren attraktive und nachfragegerechte Wohnungsangebote bereitzustellen
 - 2.3 die Empfehlungen des AK Wohnen in Münster zum Handlungsprogramm Wohnen (Anhang zur Anlage 2) aufzugreifen und umzusetzen

3. Angesichts einer fortschreitender Verknappung preisgebundener Wohnungsangebote und des Verlustes kommunaler Steuerungsmöglichkeiten bei der Wohnraumbeschaffung und –belegung wird die Verwaltung beauftragt, die Kooperationsmöglichkeiten insbesondere mit der örtlichen Wohnungswirtschaft gezielt auszuweiten und zu nutzen, um den Anliegen der sozialen Wohnungsversorgung durch Sicherung eines preisgünstigen Mindestbestands auch in Zukunft gerecht werden zu können.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, in der Stadtregion Münster mit den Städten und Gemeinden einen Dialog über die Synchronisierung der siedlungsräumlichen Entwicklungsziele zu führen.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass durch diese Vorlage unmittelbar keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0511/2005**

**Trägerübergreifendes Forum zur Koordinierung
und Bündelung der Angebote im Kinder-, Jugend-,
Familien und Sozialbereich - Antrag der
CDU-Fraktion und FDP-Fraktion an den Rat
A-R/0003/2005 vom 01.02.2005 -**

Frau Dr. Klein führte in die Vorlage ein und wies darauf hin, dass die Verwaltung den zu Grunde liegenden Antrag in der Form aufgegriffen habe, dass zunächst nur einzelne Stadtteile für die Umsetzung vorgeschlagen wurden, um dort Erfahrungen zu sammeln. Ferner wurde darauf geachtet, Stadtteile auszuwählen, in denen bereits auf bestehende Strukturen mit Kooperationspartnern zurückgegriffen werden könne. Der Auftakt der Arbeit in dem Forum, dessen Konzeption inhaltlich mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege abgestimmt sei, solle Anfang des Jahres 2006 erfolgen.

Frau Möllers beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, den Beschlusspunkt 1 der Vorlage wie folgt zu ergänzen:

„Wesentliche Aufgabe des Forums ist somit die Mitwirkung an der Sicherung der sozialen Infrastruktur, nicht die Entwicklung eines kommunalen Spar- oder Konsolidierungsprogramms in den Bereichen Kinder, Jugendliche, Familien und Soziales.“

Ferner stellte Frau Möllers folgenden Antrag:

- „1. Wir beantragen, die Ebene 2 (Koordinierungskreis) ersatzlos zu streichen. Der Punkt 3.3. Organisation der Vorlage endet mit dem Satz ‚Die bestehende Aufgabenwahrnehmung und Funktion der Stadtteilarbeitskreise bleiben im Übrigen unberührt.‘
2. Wir beantragen weiterhin, dass ein neuer Punkt 3.4 Ziele eingefügt wird:

Das trägerübergreifende Forum verfolgt die Ziele:

- frühe Hilfen anzubieten, um später notwendige Intervention zu vermeiden (aufsuchen statt abwarten),
- neue Kontakte und neue Zugangswege zu Familien und ihren Problemen zu schaffen,

- niedrighschwellige Angebote zu schaffen und die Öffnung sozialer Einrichtungen für entsprechende Angebote zu befördern,
- eine gezielte Vernetzung und Kooperation der verschiedenen Hilfesysteme im Stadtteil unter Einbeziehung und Nutzung vorhandener Ressourcen und Angebote (nicht nur professionelle Dienste) vorantreiben,
- innovative, qualifizierte, sozialräumlich angelegte soziale Arbeit für Familien zu entwickeln,
- die Initiierung und Stärkung eigener Ressourcen (Empowerment) der Familien mit zu unterstützen.“

Frau Greefrath schlug für die CDU-Fraktion vor, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zur Ergänzung des Beschlusspunkts 1 der Vorlage wie folgt zu ändern:

„Zentrale Intention des Antrags ist die Sicherung der sozialen Infrastruktur, nicht aber vorrangig, mit Hilfe des trägerübergreifenden Forums ein kommunales Spar- oder Konsolidierungsprogramm in den Bereichen Kinder, Jugendliche, Familien und Soziales zu entwickeln.“

Es schloss sich eine längere Diskussion an, in deren Verlauf in zahlreichen Beiträgen für und gegen die Einrichtung eines solchen Forums argumentiert wurde. Dabei wurde einerseits mit Blick auf die vielen gut funktionierenden und kooperierenden Strukturen bezweifelt, dass dies Forum notwendig sei. Auf der anderen Seite wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass auch Gutes noch zu verbessern sei und die Möglichkeit geschaffen werden könne, weitere Bereiche (z. B. Sport und Senioren) in die Kooperation einzubinden.

Von der Verwaltung wurden die Intention und Notwendigkeit sowie die geplante Funktionsweise des neuen Forums näher erläutert, bei dem es sich bewusst um eine andere Ebene handeln sollte, als beispielsweise bei den etablierten Stadtteilarbeitskreisen.

Anschließend klärte der Vorsitzende das Verfahren zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Danach bestand zwischen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und der CDU-Fraktion Einvernehmen, den Antrag zu Beschlusspunkt 1 der Vorlage gemeinsam zu formulieren und dazu den ersten Satz zu Ziffer 3 der Begründung zur Vorlage einzusetzen.

Folgender Änderungsantrag wurde einstimmig beschlossen:

„Beschlusspunkt 1 der Vorlage wird wie folgt ergänzt:

„Zentrale Intention des Antrags ist die Sicherung der sozialen Infrastruktur, nicht aber vorrangig, mit Hilfe des trägerübergreifenden Forums ein kommunales Spar- oder Konsolidierungsprogramm in den Bereichen Kinder, Jugendliche, Familien und Soziales zu entwickeln.““

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL zu Punkt 3.3 „Organisation“ der Begründung wurde bei 6 Für-Stimmen mit 7 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt. Der Vorschlag zu einem neuen Punkt 3.4 „Ziele“ wurde einvernehmlich nicht zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss beschloss sodann einstimmig bei 6 Enthaltungen, dem Rat die Annahme des folgenden geänderten Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. In Münster wird ein trägerübergreifendes Forum zur Koordinierung und Bündelung der Angebote in städtischer und freier Trägerschaft für Kinder, Jugendliche und Familien sowie im

Sozialbereich mit dem Ziel eingerichtet, gemeinsam von Trägern, Politik und Verwaltung Synergieeffekte aufzuzeigen und zu nutzen sowie systematische Vorkehrungen und Strategien zu entwickeln, auch unter Bedingungen abnehmender Finanzausstattung der Träger bedarfsgerechte Angebote in allen Stadtteilen bereitzustellen und nachhaltig abzusichern. Zentrale Intention des Antrags ist die Sicherung der sozialen Infrastruktur, nicht aber vorrangig, mit Hilfe des trägerübergreifenden Forums ein kommunales Spar- oder Konsolidierungsprogramm in den Bereichen Kinder, Jugendliche, Familien und Soziales zu entwickeln.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung des trägerübergreifenden Forums zum Jahresbeginn 2006 nach Maßgabe der in der Begründung skizzierten Eckpunkte zu Organisation, Zusammensetzung, Verfahren und Aufgabenstellung vorzubereiten.
3. Zur Erprobung konzentriert sich das trägerübergreifende Forum zunächst vorwiegend auf Angebote mit ausschließlichem oder überwiegendem Wohngebietsbezug in den Stadtteilen Coerde und Gievenbeck.
4. Die Fraktionen des Rates benennen jeweils einen Vertreter oder eine Vertreterin für den zentralen Koordinierungskreis des trägerübergreifenden Forums.
5. Die Verwaltung informiert den Rat sowie die zuständigen Fachausschüsse, den Ausländerbeirat und die zuständigen Bezirksvertretungen jährlich über Arbeit und Ergebnisse des trägerübergreifenden Forums. Bis zum Jahresende 2006 formuliert die Verwaltung Empfehlungen mit Blick auf die Frage, den Aufgabenrahmen des trägerübergreifenden Forums um weitere Stadtteile sowie um stadtteilübergreifende Angebote zu erweitern.
6. Mit diesen Maßgaben ist der Antrag (Anlage 1) erledigt.

Kosten/Folgekosten

Keine.“

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0634/2005**

**Bericht zur Arbeit der Arbeitsgemeinschaft für
Münster (AMS) im 1. Halbjahr 2005**

Herr Brummerloh von der Agentur für Arbeit Münster beantwortete verschiedene Fragen und erläuterte gemeinsam mit Frau Dr. Klein die Möglichkeiten, die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Münster mit positiven städtischen Maßnahmen über die AIM jugend+ zu unterstützen.

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0609/2005**

**Maßnahmen zur Qualifizierung und Flexibilisierung
der Tagesbetreuung für Kinder**

Nach einer Einführung in die Thematik durch Frau Pohl und Frau Dr. Klein, die das nach einer Evaluation der bisherigen Angebote geplante Gesamtkonzept und die Bedeutung der für die vorgeschlagenen Maßnahmen erhaltenen Mittel hervorhoben, erläuterte Herr Dr. Iseke vom städtischen Gesundheitsamt verschiedene Aspekte zur sozialen Situation der Schulanfänger in Münster mit einem Schwerpunkt beim Thema Sprachförderung.

Dem Vortrag lagen die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen von ca. 10.000 Kindern zugrunde. Dabei wurden die Untersuchungen zur sozialen Situation unter drei Aspekten vorgenommen: dem kinderärztlichen Vorsorgestatus, dem Migrationsstatus und der privaten elterlichen Förderung des Kindes. Es wurde dargestellt, in welchen Stadtteilen viele Kinder mit wenig Ressourcen leben und dass sich daraus erhebliche Auswirkungen für die Schulfähigkeit ergeben.

Inhaltlich vertieft stellte Herr Dr. Iseke für den Bereich der Sprachförderung dar, dass Kinder mit Migrationshintergrund dann keine Probleme hätten, wenn sie selbst gut deutsch sprechen würden. Wenn jedoch Kinder schlecht deutsch sprechen würden, käme es für deren positive Entwicklung weniger darauf an, wie lange sie sich in Deutschland aufhalten, sondern mit welcher Qualität sie hier eine Sprachförderung erhalten würden. Ferner könne gesagt werden, dass regelmäßig dann, wenn die Mütter schlecht deutsch sprechen würden auch die Kinder nur schlecht deutsch sprechen.

In den sich anschließenden Wortbeiträgen wurde gerade der letzte Aspekt betont. Bei allen konzeptionellen Überlegungen zur Sprachförderung müssten daher dringend die Bezugspersonen der Kinder, insbesondere die Mütter, in Angebote einbezogen werden.

Es wurde vereinbart, den Fraktionen jeweils ein farbiges Exemplar der Vortragsunterlagen zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Die Haushaltsmittel zur Qualifizierung und Flexibilisierung der Tagesbetreuung für Kinder in Höhe von jährlich 206.915,00 € (davon sind 53.525,00 € Einnahmen) werden in den Jahren 2006 bis 2008 schwerpunktmäßig in den Bereichen Qualitätsmanagement (QUAMS), Sprachförderung und Prävention eingesetzt.
2. Zur Weiterführung des ‚Qualitätsmanagementsystem Münster für Kindertageseinrichtungen‘ (QUAMS 2) werden davon für ein Folgeprojekt mit weiteren 30 Gruppen aus GTK-Einrichtungen in den Jahren 2006 bis 2008 jährlich 17.400 € (davon sind 2.400 € Einnahmen) bereitgestellt - die Pädagogische Qualitäts-Informationssysteme gGmbH (pädquis), Halbschwerdter Allee 45, 14195 Berlin – Kooperationsinstitut der Freien Universität Berlin – wird beauftragt, auch dieses Projekt durchzuführen.
3. Zur Sprachförderung von Kindern des Elementarbereiches werden im Kindergartenjahr 2005/2006 für 30 Sprachförderungsmaßnahmen in GTK-Einrichtungen städtische Mittel aus dem Haushaltsjahr 2005 in Höhe von insgesamt 61.350 € eingesetzt (vgl. Anlage 6). In 2006 werden 121.125,00 € (davon 51.125 € eingeplanter Zuschuss aus Landesmitteln) für Sprachfördermaßnahmen zur Verfügung gestellt. In den Haushaltsjahren 2007 und 2008 wird der Zuschuss zur flächendeckenden Ausweitung der Sprachfördermaßnahmen auf jährlich 151.125,00 € (davon jeweils 51.125 € eingeplanter Zuschuss aus Landesmitteln) angehoben.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bereits bestehende Sprachförderungsmaßnahmen/Sprachförderungskonzepte für Kinder im Elementarbereich auszuwerten, erfolgreiche Ansätze aufzugreifen und zum Kindergartenjahr 2006/2007 ein Gesamtkonzept zur ‚Weiterentwicklung der Sprachförderung von Kindern‘ vorzulegen.

5. Präventive Angebote im Elementarbereich wie z.B. Maßnahmen zur Stärken der Erziehungskompetenz der Eltern, Angebote zur Gesundheitsförderung und Spielgruppen werden in 2006 mit 68.390,00 € gefördert. In den Haushaltsjahren 2007 und 2008 werden dafür jährlich 38.390,00 € eingesetzt.
6. Der Antrag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0019/2005 ‚Keine Schultüte ohne Deutschstunde‘ vom 03.05.2005 (vgl. Anlage 1) und die Anregung des Ausländerbeirates Nr. AAB/0002/2005 vom 02.06.2005 (vgl. Anlage 2) sowie die Anträge der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 14.02.2001 und 02.03.2004 (Leitantrag ‚Tagesbetreuung 2010‘, vgl. Anlage 3 und ‚Sprache frühzeitig fördern!‘, vgl. Anlage 8) werden mit den vorstehenden Beschlüssen in ihren zentralen Anliegen aufgegriffen und sind somit erledigt.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass in den Haushaltsjahren 2006 bis 2008 jährlich Kosten in Höhe von 206.915,00 € (davon sind jährlich 53.525,00 € durch Einnahmen gedeckt) entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren. Die Mittel stehen auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 27.06.2001 (vgl. Vorlage Nr. 459/2001) aus der Haushaltsstelle 4640.718.0060.1 ‚Qualifizierung und Flexibilisierung Tagesbetreuung‘ bereit.

Ausgaben				
Haush.-stelle	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkung*
4640.718.0060.1	‚Qualifizierung und Flexibilisierung Tagesbetreuung‘	2006	206.915,00	QUAMS 2 17.400,00 € Sprachförderung 121.125,00 € Prävention – Präventionsgruppen 5.270,00 € – Am Pulverschuppen 20.000,00 € – Spielgruppen 12.000,00 € – Halbtagsgruppen 15.560,00 € – Schulkindgruppen 15.560,00 €
4640.718.0060.1	‚Qualifizierung und Flexibilisierung Tagesbetreuung‘	2007	206.915,00	QUAMS 2 17.400,00 € Sprachförderung 151.125,00 € Prävention 26.390,00 € – Spielgruppen 12.000,00 €
4640.718.0060.1	‚Qualifizierung und Flexibilisierung Tagesbetreuung‘	2008	206.915,00	QUAMS 2 17.400,00 € Sprachförderung 151.125,00 € Prävention 26.390,00 € – Spielgruppen 12.000,00 €
Insgesamt:			620.745,00	

* Aktueller Stand der Planungen. Mehrausgaben werden durch Zuweisungen des Landes und Beiträge von Trägern gedeckt. Verschiebungen in den einzelnen Positionen sind möglich.

Einnahmen				
Haush.-stelle	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkung
4640.130.0000.8	‚Einnahmen Qualitätssicherung‘	2006 bis 2008	2.400,00 jährlich	Kostenbeteiligungen von 12 teilnehmenden Einrichtungen an Projekt QUAMS 2 *
4640.171.0040.1	Zuwendungen: Angebote zur Sprachförderung	2006 bis 2008	51.125,00 jährlich	geplanter Landesmittelzuschuss für Sprachförderungsangebote - entsprechend dem Zuschuss für das Kindergartenjahr 2005/2006
Insgesamt:			160.575,00	

* Die Einnahmen von den am Projekt QUAMS 2 beteiligten Kindertageseinrichtungen werden für zentrale Infoveranstaltungen, benötigte Materialien und weitere Overheadkosten eingesetzt.“

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0665/2005**

**Ausbau der Kindertagesbetreuungsangebote im
Rahmen des städt. u3-Programms -
weitere Umstrukturierungen**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags zu empfehlen:

„Sachentscheidung:

1. Den aufgeführten drei Trägern wird ein ergänzender Investitionszuschuss für die notwendigen baulichen Veränderungen zur Realisierung der Plätze für unter dreijährige Kinder im Rahmen des städtischen u3-Programms zur Verfügung gestellt:
 - SKF - Kindertagesstätte Katharinenstraße = 6.728,75 € für kleine Umbauten und Einrichtungsergänzungen
 - Tageseinrichtung Hl. Geist = 41.800,00 € für Umbauten und 24.736,00 € für Einrichtungsgegenstände; insges. = 66.536,00 € und
 - Kindergruppe Sterntaler = 20.000 € für Umbauten und 16.000 € für Einrichtungsgegenstände; insgesamt = 36.000,00 €
Der Grundsatzbeschluss zur Förderung der Träger nach dem TAG wurde vom Rat bereits am 29.06.2005 beschlossen (Vorlagen Nr. 289/2005).

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass einmalige Investitionskosten für die baulichen Maßnahmen in Höhe von 109.264,75 € entstehen.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 109.264,75 € werden gem. § 82 Abs. 1 GO NW außerplanmäßig bei der Hst. 4640.988.0700.2 'Investitionszuschüsse u3-Programm' bereitgestellt.

Deckung: Sperrung bei der Hst. 4640.940.0700.8 'Baukosten TAG für unter dreijährige Kinder'.

Die Umsetzung des Tagesbetreuungs-Ausbauprogramms der Stadt Münster (u-3-Programm) ist im Rahmen der Vorlage 1033/2004 '... unter dem Vorbehalt der gesamtstädtisch nachhaltigen Finanzierung, insbesondere durch Einsparungen im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV ...' vom Rat der Stadt Münster beschlossen worden; investive Mittel in Höhe von 1 Mio € wurden in den Haushalt für die Jahre 2005 - 2010 eingestellt.“

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0383/2005**

**Geschäftsbericht des Amtes für Kinder,
Jugendliche und Familien für das Jahr 2004**

Der Vorsitzende dankte der Verwaltung im Namen des Ausschusses für die mit dem vorgelegten Geschäftsbericht geleistete Arbeit.

Nachdem die Verwaltung verschiedene Detailfragen zum Inhalt beantwortet hatte, nahm der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Marinos informierte den Ausschuss über Konsequenzen aus dem Einwanderungsrecht, wonach es zu einer unterschiedlichen Behandlung von Aussiedlern und Ausländern im Bereich von Ganztagsbetreuungen komme.

Ende der Sitzung: 20:10 Uhr

gez.

Josef Rickfelder
Vorsitz

gez.

Heinz Lembeck
Schriftführung